

Christopher Vogt, MdL
Vorsitzender

Anita Klahn, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Oliver Kumbartzky, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Nr. 056/ 2020
Kiel, Dienstag, 18. Februar 2020

Wirtschaft/ Industriepolitik in
Schleswig-Holstein

Kay Richert: Industrie in Schleswig-Holstein hat mit Jamaika einen echten Partner

Zur heute vorgestellten Weiterentwicklung und Neuakzentuierung der Industriepolitik Schleswig-Holsteins erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Kay Richert:

„Mit Jamaika und insbesondere mit Minister Buchholz hat die Industrie in Schleswig-Holstein einen echten Partner auf ihrer Seite. Denn mit der Neuausrichtung der Industriepolitik stärkt Schleswig-Holstein die Potenziale unserer innovativen und modernen Industrie. Schleswig-Holstein punktet bereits mit seinen industriellen Hotspots, zum Beispiel in der maritimen Wirtschaft, der Ernährungswirtschaft oder den Life Sciences. Darauf bauen wir auf. So können wir durch einen noch stärkeren Fokus auf Technologietransfer und Innovationen unsere Industrie noch stärker mit den erstklassigen Forschungseinrichtungen bei uns im Land verzahnen. Außerdem treiben wir mit dem Bau von A20 und Fehmarnbeltquerung den noch besseren Anschluss Schleswig-Holsteins an den Rest Europas voran.“

Jamaika setzt nicht nur auf den Ausbau der vorhandenen industriellen Stärken. Jamaika macht das Land auch für die Technologien und Entwicklungen der Zukunft fit. So wird gerade Wasserstoff massiv zu einer saubereren und emissionsärmeren Mobilität bei allen Verkehrsträgern beitragen, weshalb wir im Land dringend ein flächendeckendes Wasserstofftankstellennetz benötigen. Außerdem ist und bleibt der Bau des LNG-Terminals in Brunsbüttel ein wichtiger Schritt zu einer saubereren Schifffahrt, wo es schlicht keine anderen Alternativen für emissionsarme Antriebe gibt.

Ich freue mich insbesondere, dass die Industriepolitik des Landes auch von den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden gleichermaßen mitgetragen wird. Damit sind alle wichtigen Partner an Bord, um die Industrie im Land zu pushen. Die SPD darf sich hier gerne anschließen und auf den Zug mit aufspringen. Den aktuellen Landtagsantrag der SPD hätte es dazu allerdings ganz und gar nicht gebraucht.“